

Regulierung, Normativität und Rhetorik*

Alte Erkenntnisprobleme in der jungen CSR-Forschung

THOMAS HAJDUK UND JAN HENDRIK QUANDT**

Regulation, Normativity and Rhetoric: Old Epistemological Problems in the young CSR-Research

The dynamic field of CSR-research already has brought about some competing patterns to which we refer as narratives. These narratives provide identities for a nascent field of research that are accepted without further debate. This can become a problem for research: neither are pre-scientific premises being disclosed nor are seemingly given necessities and their consequences being accounted for. Several examples illustrate our case.

Keywords: CSR, Epistemology, Ideology, Narrative, Regulation, Standards

1. Einleitung

Analytisch ist Corporate Social Responsibility (CSR) ein bemerkenswertes Konzept. So kann es dem abgeschriebenen Nationalstaat zu neuer Steuerungsfähigkeit verhelfen. Zugleich wertet es Unternehmen zu politischen Akteuren mit quasistaatlichen Kompetenzen auf. Nicht zuletzt lässt sich mit dem Begriff der Abschied vom nationalstaatlich verfasstem Recht und Aufbruch zu einer neuen globalen Ordnung illustrieren. Wie passen diese verschiedenen, sich widersprechenden Stoßrichtungen zusammen? Eine solche Ambiguität kann nicht nur an der Unschärfe des Konzepts allein liegen. Die Ursachen hierfür sind vielmehr in dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext zu suchen. Er beeinflusst die Argumentationslinien, die zu grundsätzlich verschiedenen und konkurrierenden Deutungen derselben empirischen Phänomene führen.

Was bedeutet dies in der Praxis? Nehmen wir das Beispiel der CSR-Debatte dort, wo es um ihre staatliche Regulierung und die Frage geht, ob CSR ein freiwilliges Konzept sei. Dies ist zwar nur ein sehr eingegrenzter Teilbereich der Diskussion, jedoch überschneidet sich hier der breite CSR-Begriff mit einer größeren Debatte über die Freiheit des Marktes und die Rolle des Staates. In Kurzform sagt eine der geläufigen Begründungen, der Staat sei zu groß, um tragfähig zu sein und zu klein, um zur Lösung

* Beitrag eingereicht am 23.11.2010, nach doppelt verdecktem Gutachterverfahren überarbeitete Fassung angenommen am 25.03.2011.

** Thomas Hajduk, Universität St. Gallen, Institut für Wirtschaftsethik, Tannenstrasse 19, CH-9000 St. Gallen, Tel.: +44 (0)71 224-3105, E-Mail: thomas.hajduk@unisg.ch, Forschungsschwerpunkte: CSR-Politik, Multinationale Unternehmen, CSR-Standards, historische CSR-Konzepte.

Jan Hendrik Quandt, Bielefeld Graduate School in History and Sociology (BGHS), Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, E-Mail: jan_hendrik.quandt@uni-bielefeld.de, Forschungsschwerpunkte: CSR, CSR-Standards, Rechtstheorie, Organisationssoziologie, Entwicklungssoziologie.

globaler Probleme beizutragen. Dieses ist, abstrahiert, das Verständnis des Staates im Zuge der Liberalisierungswellen der 1980er Jahre. Reagan und Thatcher, Friedman und Hayek, IWF und Washingtoner Konsens – das waren große Stichworte einer (neo-)liberalen Ideologie, aus deren Sicht der Staat abgewirtschaftet hat (vgl. Prasad 2006). Zumindest bis 2008, als die Lehman-Pleite kam und die Bankenkrise die ‚Große Rezession‘ auslöste. Mit einem Mal war der Staat wieder da und seine Kräfte reichten aus, um die globale Finanzindustrie zu stützen. Mancherorts malte man bereits die Rückkehr des Leviathans an die Wand und warnte vor dem sich abzeichnenden Staatskapitalismus (vgl. Economist 2010; Bremmer 2010). Bis wiederum die aktuelle Schuldenkrise der westlichen Industriestaaten losbrach und abermals eine Neubewertung der Entwicklung erfolgte. Dies konnte und kann aber kein Zurück zum vormaligen Status Quo sein, wie etwa auch Heinze notiert:

„Blickt man in die Zentren markoliberalen Denkens, etwa nach Großbritannien oder die USA, so stehen die Vertreter dieser Weltsicht vor einem Scherbenhaufen (verschiedene Banken sind quasi verstaatlicht worden und immense Rettungspakete für das Bankensystem wurden aufgelegt)“ (Heinze 2009: 12).

Heinze verweist hier auf einen vermeintlichen Bruch in der Weltsicht der Finanzwirtschaft, der Finanzaufsicht, ja einer ganzen Ideologie. Man könnte auch sagen, dass er das Ende eines großen gesellschaftlichen Narratives verkündet. Als Narrative können „*perceived sequences of nonrandomly connected events*“ (Bottici 2010: 920) verstanden werden. Ereignisse werden nicht einfach faktisch, also etwa in Form einer rein zeitlich geordneten Chronologie, wiedergegeben, sondern fast immer logisch miteinander verbunden. Als kausale Erzählungen grenzen Narrative die Vielfalt der Ereignisse auf das ‚Wesentliche‘ ein und stiften Sinn (vgl. Toolan 1988). Zweck eines Narrativs ist – anders gesagt – durch die bewusste Reduktion der beobachtbaren gesellschaftlichen Komplexität einzelne handhabbare Ausschnitte zu bilden. Zugleich ist aber auch klar, dass in Folge dieser Abstraktion Sachverhalte einerseits zugespitzt werden und somit weitere Facetten der Beobachtung andererseits keine Beachtung finden.¹ Durch diese so erzeugte konsistente Erzählung von Ereignissen dienen sie dem Selbstverständnis der jeweils betroffenen gesellschaftlichen Interessensgruppen, die aus verschiedensten Funktionsbereichen wie Politik, Wissenschaft, Kunst oder Jurisprudenz kommen können. Der von Heinze angesprochene Neo- oder Markoliberalismus ist einer von verschiedenen großen Narrativen, die erklären wollen, wie die Welt ist und sein sollte. Darin spiegelt er die Interessen und Vorstellungen bestimmter Gruppen wider.

2. Wissenschaftliche Narrative und CSR

Narrative sind nicht auf die großen Themen der Zeit begrenzt, sondern treffen in nicht geringem Maße auch auf das Querschnittsthema CSR zu. Dies zeigt sich bereits in der Schwierigkeit, den Begriff CSR zu definieren. Auch nach 50 Jahren akademi-

¹ Die Entscheidung, welche Ausschnitte jeweils theoretische Relevanz erlangen, erfolgt nicht im luftleeren Raum und ist an außerwissenschaftliche Prämissen gebunden. Dieser Umstand kann problematisch werden, wenn der Prozess der Entscheidungsfindung nicht offengelegt wird. Dies ist Gegenstand für die wissenschaftliche Ideologiekritik (Popper 1992/1958a; Popper 1992/1958b). Die hier beleuchtete kritische Seite des Narrativs ist es, die im Vordergrund dieses Artikels steht (vgl. Kapitel 3).

scher Diskussion (vgl. Lee 2007; Carroll 1999) fehlt es nach wie vor an einem begrifflichen Konsens, wie ein Blick auf einige Schlaglichter dieser Debatte zeigt.²

Die frühen ideologischen Debatten, ob und welche unternehmerischen Pflichten es jenseits von Gesetz und Profit gibt, gehören trotz gelegentlichen Wiederauflebens (vgl. Henderson 2001; Bernstein 2010; Karmani 2010) der Vergangenheit an.³ Längst gibt es eine fest etablierte ‚CSR crowd‘: große (Marken-)Konzerne, Agenturen, Börsenindizes, Lehrstühle, Abschlüsse, (zwischen-)staatliche Gremien, öffentlichkeitswirksame Medien und Andere mehr treiben die Institutionalisierung von CSR voran.⁴ Die Frage lautet nicht mehr, ob CSR legitim ist oder nicht, sondern wer dabei ist und wer nicht. Wer es ist, der denkt nicht mehr an die klassischen Dimensionen von CSR (vgl. Carroll 1991) oder strategisches CSR-Management (vgl. Habisch et al. 2007; Lotter/Braun 2010), sondern sieht schon die nächste Evolutionsstufe heraufziehen (‚CSR 2.0‘), in der CSR kein Add-on zum ‚business as usual‘ ist, sondern Teil der Unternehmens-DNA, ein ‚built-in‘ (vgl. Visser 2010).

Infolge des CSR-Booms sehen Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen die Notwendigkeit, dieses Thema adäquat zu untersuchen. Das Feld ist noch relativ neu, in einigen Disziplinen fast unbearbeitet und verspricht neue Einsichten. Bisweilen muss, wer hier Forschung betreibt, Kollegen, Zuhörern und Lesern erklären, was CSR überhaupt ist. Dass diese Erklärung höchst unterschiedlich ausfällt und in bekannte Narrative eingepasst wird, liegt auf der Hand. Dass CSR damit auf wissenschaftlicher Ebene Gegenstand ideologischer und teleologischer Debatten wird, zeigt sich erst auf den zweiten Blick.

Es ist erstaunlich, wie viele ideologische Argumentationsstrukturen sich in dem Feld der betriebswirtschaftlichen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Theorien⁵ wiederfinden. Solche vorwissenschaftlichen Prämissen dienen bisweilen als implizite und unhinterfragte Letztbegründungen angeblich rein theoretisch gewonnener Erkenntnisse und sind höchst problematisch, vor allem dort, wo sie nicht offengelegt werden. Das lässt sich anhand von Beispielen aus sozialwissenschaftlichen Theorien zeigen, die von akteurstheoretischen Ansätzen bis zur modernen, soziologischen Systemtheorie reichen.

Die Tendenz, CSR im Sinne des Narrativs einen Fluchtpunkt zu verleihen, also einen bestimmten Zustand teleologisch als quasi natürlich-alternativloses und einwandsim-

² Auch wir werden dieses Problem hier nicht zu lösen versuchen, gerade weil es uns nicht um Präskriptionen geht, sondern um eine Kritik der Narrative in der CSR-Debatte. In anderen Worten: Hier soll nicht besprochen werden, *was* CSR eigentlich ist, sondern vielmehr, *wie* und unter welchen Vorbedingungen CSR als theoretischer Begriff verfasst wird.

³ Diese angesprochenen, ideologisch geprägten Debatten gleichen jedoch, wenn sie wieder aufgegriffen werden, nicht mehr unbedingt den früheren Grundsatzdebatten (vgl. Friedman 1970). Oftmals werden heute eher ‚technische‘ Argumente gegen CSR angeführt. Ein aktuelles Beispiel dafür bietet Karmani (2010), wenn er argumentiert, CSR verhindere effektivere Arten der Regulation von Unternehmen.

⁴ Für eine umfassende Darstellung der CSR-Bewegung in Deutschland siehe Curbach (2009).

⁵ Die Auswahl der analysierten theoretischen Erklärungsansätze ist dabei dem akademischen Hintergrund der Autoren geschuldet. Sie ist keinesfalls alternativlos und ließe sich ebenfalls in einer Meta-Betrachtung kritisch diskutieren. Dies muss hier aus pragmatischen Gründen entfallen.

munes Gesetz darzustellen, zeigt sich etwa bei Politikwissenschaftlern, die das Thema erst vor wenigen Jahren entdeckt haben (vgl. Cutler et al. 1999). Hier ist CSR ein Aspekt von (Global) Governance. Traditionelle Politik- oder besser Staatswissenschaftler argumentieren aus Regierungs- und Verwaltungssicht. So sei etwa festzustellen: “the soft approach of CSR policies coincides with a broader transition of public governance altogether, which leads away from hierarchical regulation towards more network-like and partnering modes of self- and co-regulation“ (Steurer 2010: 51). Gemäß des hier angedeuteten Narrativs ist CSR nicht mehr das (neo-)liberale Konzept, als das es angetreten war (vgl. Steurer 2010: 66), sondern führe zur Integration “of the new forms of business self- and societal co-regulation within the regulatory state“ (Steurer 2010: 67). Aus Sicht der Forscher, die diese Perspektive teilen, steht fest, dass private Selbstregulierung kein Ersatz, sondern nur ein Zusatz zu staatlicher Regulierung darstellt: „for achieving sustainable development, stakeholder relations management is certainly no substitute, but a complementary approach to purposeful and predictful government intervention“ (Konrad et al. 2007: 102; vgl. ferner: Andrews 1998; King/Lenox 2000). Damit wird der bekannte Ausspruch von Friedman, dass die Aufgabe von Unternehmen allein das Geschäft sei, insofern bestätigt, als dass der Staat als letztlich entscheidende und verantwortliche Instanz dargestellt wird.⁶

Tendenziell wird in der staatswissenschaftlichen Debatte das Wiedererstarken des Staates als CSR-Regulierer betont. Die neue staatliche Dominanz über die Wirtschaft ist dieser Argumentationslinie folgend weniger eine übermäßig governancefreundliche Interpretation, sondern eher Folge gescheiterter privater Regulation: Der „Privatisierungseuphorie“ folgt nunmehr der gewissermaßen abgeklärte „Staatsrealismus“ (Heinze 2009: 33, 43). Die CSR-Debatte wird somit weniger als privatwirtschaftliche Angelegenheit begriffen, sondern schon aus ‚Sachzwängen‘ in ihrer Ausprägung stark durch staatliche Institutionen beeinflusst. Es kann bei aller Berufung auf vermeintlich objektive Notwendigkeiten eine Rückkehr des Nationalstaates in den erwähnten staatsrechtlichen Konzepten konstatiert werden.

Mit dem unscharfen Begriff CSR lässt sich aber ebenso der entgegengesetzte Fall begründen, wonach Staaten von den Anforderungen der postnationalen Konstellation überfordert werden. An die Stelle staatlicher Akteure treten multinationale Unternehmen (MNU), die dank ihres Managementwissens, ihrer Größe, Mobilität und ihrer Ressourcen besser mit der Komplexität, den Risiken und den Krisen einer globalisierten Welt umgehen können. Damit sie in die Fußstapfen der Staaten treten können, werden diese Unternehmen kurzerhand zu „politischen Akteure“ erklärt. Für die politisierten multinationalen Unternehmen, die niemand in ihr neues Hoheitsamt gewählt hat, werden andere Formen der Legitimität entworfen. So formulieren Scherer, Palaz-

⁶ Ironischerweise stimmen nämlich die angeführten Staatswissenschaftler – obgleich aus einer vollkommen anderen Argumentationsrichtung – Friedmans Credo zu, dass nicht die Wirtschaft sich um CSR zu bemühen habe, sondern dies die genuine Regulationsaufgabe des Staates sei, der hier die größten Kompetenzen besitze. Diese Sicht wird auch von neueren, marktliberal argumentierenden Autoren wie Karnani (2010) geteilt. Die Frage sei jedoch erlaubt, ob auf Seite der marktliberal argumentierenden Autoren eine staatliche Regulation *in realitas* auf die gleiche Gegenliebe stieße wie bei den erwähnten Staatswissenschaftlern.

zo und Baumann in ihrem akteurstheoretisch geprägten Ansatz zunächst das scheinbar unwiderlegbare teleologische Argument vom Niedergang des Nationalstaates:

„In many cases, business firms offer global public goods, which the state cannot or will not do“ (Scherer et al. 2006: 523).

Die Impotenz der Nationalstaaten, also „the obvious limits of positive law and bureaucracy“ (Scherer et al. 2006: 511), sei durch die Globalisierung nur noch verstärkt worden. Mit der „Ankunft der Globalisierung“ (Scherer et al. 2006: 512) scheint die Regulierung Scherer, Palazzo und Baumanns Narrativ zufolge gleichsam ausgestorben zu sein:

„Companies are no longer subject to the rules defined by a nation state“ (Scherer et al. 2006: 512).

Diese Aussage wird weder relativiert, noch mit Blick auf die Welt jenseits des Westens korrigiert. Die Zustandsbeschreibung rekurriert lose auf liberale Narrative ohne jedoch diese *ex post* eingeführte ‚Gesellschaftstheorie‘ explizit zu machen. Folglich wird konsequent auf Differenzierung verzichtet, sowohl mit Blick auf politisch nicht aktive MNU und solche, die wie in China staatlich geführt werden. Diese Verengung auf vergleichsweise wenige im Bereich CSR besonders engagierte MNU ist notwendig, weil sonst die wichtigste Prämisse der Unternehmen als ‚politische Akteure‘ fehlte: Damit der Ansatz seine Erklärungskraft entfalten kann, muss er zwingend eine Welt voraussetzen, in der privatwirtschaftliche Akteure vormals hoheitliche Aufgaben übernehmen. Erst in einer solchen Welt-Beschreibung mit den daraus resultierenden ‚Sachzwängen‘ stellen sich die Fragen, welche Scherer, Palazzo und Baumanns Theorie dann beantworten will. Dies wiederum führt zu Folgeproblemen:

„Corporate acts of self-regulation, which we have termed political activities, do not only solve urgent problems but also provoke new normative questions regarding the democratic legitimacy of self-regulatory corporate arrangements“ (Scherer et al. 2006: 519).

Wenn also in dieser Welt-Beschreibung Unternehmen vollkommen neue Rollen zugewiesen werden, dann stellt sich die Frage nach der Herausbildung unternehmerischer Legitimität. Ausgerechnet aus Konzernen werden Orte der Deliberation, also der offenen und barrierefreien Kommunikation. Theorie wird zur ‚self-fulfilling prophecy‘, indem sie die Problemlösungskompetenz des öffentlichen Gemeinwesens abschreibt und die Lösung stattdessen in der privaten Unternehmung verortet und dort theoretisch legitimiert. Die Theorie basiert also auch hier auf einer teleologischen Prämisse.

Dieses neue Verhältnis zwischen Staaten und Unternehmen sowie die daraus resultierenden Anforderungen an Unternehmen als politische Akteure werden unter dem Stichwort ‚private governance‘ auch in der Systemtheorie Luhmanns und ihre Weiterentwicklung in Richtung Globalisierungsprozesse durch Willke diskutiert. Dabei geht es zwar nicht direkt um CSR als hauptsächlichen Gegenstand der Forschung, sondern um den darüber hinausgehenden Aspekt der staatlichen Regulation und Rechtssetzung vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt. Nichtsdestotrotz sind die Implikationen unmittelbar wichtig für die Debatte im Spannungsfeld zwischen CSR und staatlicher Regulation, weil sich die Systemtheorie in besonderem Maße eignet, die theoreti-

schen Prämissen von Global Governance zu analysieren anstatt bei einer rein deskriptiven Betrachtung zu verharren. Auch hier finden sich teleologische und ideologische Aspekte.

Ausgangspunkt der systemtheoretischen Argumentationen zur Globalisierung und möglicher politischer Steuerung ist relativ unumstritten Luhmanns bereits 1971 erschienener Aufsatz *Die Weltgesellschaft* (vgl. Luhmann 2005/1975). Auch wenn sich der Aufsatz zuvorderst mit dem soziologischen Phänomen der Weltgesellschaft befasst, skizziert Luhmann hier bereits Annahmen über den Bereich des Rechts, die sich auch in seinen späteren Werken wiederfinden. Dabei formuliert er:

„Offensichtlich ist mit Hilfe der normativen Mechanismen, vor allem des Rechts, auf der Ebene politisch konstituierter Regionalgesellschaften eine evolutionär unwahrscheinliche Hochleistung stabilisiert und damit erwartbar gemacht worden – nämlich die verlässliche Motivation zu nahezu beliebig spezialisierbarem Handeln. [...] Es könnte sein, daß diese eigentümliche Kombination von Recht und Politik gerade in ihrer besonderen Leistungsfähigkeit eine Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung war, die sich, vorläufig jedenfalls, nicht auf das System der Weltgesellschaft übertragen lässt“ (Luhmann 2005/1975: 71).

Auch wenn unterstellt werden kann, dass Luhmann zu pointierten Formulierungen neigte, fällt doch die Formulierung „Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung“ ins Auge. Das sieht auch Willke so:

„Außergewöhnlich ist an diesem Text nach meiner Einschätzung nicht der Blick auf die Weltgesellschaft, sondern die Hypothese, dass die moderne, nationalstaatlich Kombination von Recht und Politik eine Fehlspezialisierung der Gesellschaftsgeschichte darstellen könnten. Damit ist tatsächlich eine Perspektive auf Globalisierung und globale Kontexte eröffnet, die aus den engen Bindungen des Nationalstaates und dem Denken der Etatisten heraus führen könnte“ (Willke 2007: 134).

Was bei Luhmann schon angelegt ist, formuliert Willke im oben angeführten Zitat noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Kombination von Nationalstaat und nationalstaatlichem Recht ist ein Fehler in der Gesellschaftsgeschichte. Die Pointe an diesen beiden Zitaten liegt aber weniger in dem Gesagten, sondern eher im Nicht-Gesagten, also in den zwingend folgenden Implikationen: Wo es eine ‚Fehlspezialisierung‘ gibt, da muss ergo auch eine ‚richtige‘ Spezialisierung oder zumindest doch eine bessere Lösung für dieses Problem existieren. Eines geht nicht ohne das andere, einen Fehler kann nur beklagen, wer meint, eine bessere Option zu kennen. Und wenn Luhmann 25 Jahre später das Thema nochmals aufgreift, wird dieselbe Tendenz in seiner Argumentation sichtbar:

„Am Ende des 20. Jahrhunderts werden die Paradoxien sichtbar, deren Verdeckung die Plausibilität des Wohlfahrtsstaates getragen hatte. Grenzen der politischen Steuerbarkeit anderer Gesellschaftssysteme machen sich bemerkbar und werden diskutiert“ (Luhmann 2002: 216).

Willke ist hier weniger zurückhaltend und führt den Gedanken fort, indem er nicht nur die „Fehlspezialisierung“ benennt, sondern auch eine alternative Entwicklungsrichtung formuliert, die aus dem „ernüchternden Lernprozess“ (Willke 2006: 53) des

Rechts folgen müsse, nämlich einen Rückzug auf seine Kernkompetenzen, um seine „Überziehung“ (Willke 2006: 53) zu korrigieren. Diese Forderung beschränkt Willke jedoch nicht nur auf das Recht, er sieht dessen Überziehung vielmehr ursächlich eng verbunden mit der Entwicklung und Ausbreitung des modernen Wohlfahrtsstaates „in alle Winkel und Nischen der Funktionssysteme“ (Willke 2006: 53). Es wird deutlich, dass die zunächst alleine beklagte ‚Fehlspezialisierung‘ des Rechts aus Willkes Sicht weniger ein rein juristisches Problem darstellt, sondern vielmehr ein Teil der umfassenderen ‚Fehlspezialisierung‘ des modernen Nationalstaates ist. Daraus folgt aus dieser Argumentationslinie wenig überraschend die Forderung nach Deregulation:

„Die Welle der Deregulierung und Entstaatlichung ist in dieser Sicht nur ein Vorbote der notwendigen tiefgründigeren Transformation des Rechts in Richtung auf ein post-konventionelles, post-interventionistisches, post-normatives Recht, das in der Lage ist, eine Steuerungsleistung zu erbringen, die sich auf Augenhöhe mit einer hyperkomplexen Gesellschaft bewegt“ (Willke 2006: 53-54).

Luhmann und Willke als wichtigste Vertreter der soziologischen Systemtheorie als politische Steuerungstheorie konstatieren eine Überforderung des nationalstaatlichen Rechts, welches als gesellschaftsgeschichtliche Fehlleistung beschrieben wird. Vor dieser theoriegeleiteten Feststellung wird dann von beiden Autoren relativ schnell als Ausweg daraus die Deregulierung aller Gesellschaftsbereiche von nationalstaatlichem Recht postuliert, sowie die Entwicklung neuer Formen des Rechts, die nicht mehr an Staaten gebunden sind und sich in ihren Zuständigkeiten und Interventionsmechanismen stärker einschränken. Willke plädiert für Global Governance als ‚richtiger‘ Alternative zu ‚falscher‘ nationalstaatlicher Regulation (vgl. Willke 2006).

3. Von der Problematik großer Narrative

Einen Narrativ zu nutzen, um so aus einer Vielzahl von Ereignissen Sinn zu konstruieren, ist keinesfalls ungewöhnlich. Im Alltag, im Beruf und in der Politik sind solche Geschichten nicht wegzudenken. Selbst in der Wissenschaft sind sie vorhanden und dort nicht nur in den Geisteswissenschaften (vgl. Bevir 2006). Als Mittel der Argumentation und Präsentation sind Narrative nützlich. Insofern bilden die zitierten Beispiele ebenso wie der vorliegende Artikel keine Ausnahme. Problematisch werden Narrative dagegen, wenn sie *implizit* eine teleologische Entwicklung postulieren. Die Behauptung etwa, CSR sei Teil einer größeren Entwicklung neuer Governance-Formen im Schoße eines regulierenden Staates, beruht ebenso auf vorwissenschaftlichen Prämissen wie die Behauptung CSR sei gleichbedeutend mit der Entwicklung von Verwandlung von multinationalen Unternehmen zu politischen Akteuren. Solange diese Spekulationen als solche gekennzeichnet werden, spricht nichts gegen sie. Handelt es sich jedoch um *implizite* Prämissen, sieht die Sache anders aus. Kommt dann noch eine ideologische Färbung hinzu, so sind Zweifel an der gebotenen Intersubjektivität der darauf basierenden Argumente angebracht.

Ein Blick zurück auf die Geschichte von CSR⁷ zeigt, wie vergeblich eine teleologische, auf einen vermeintlich unausweichlichen Fluchtpunkt zulaufende, Erzählung ist. Al-

⁷ Historische Betrachtungen sind eine Rarität in der CSR-Forschung (vgl. Utting/Marques 2010: 6). Dabei können solche (begriffs-)geschichtlichen Studien viel dazu beitragen, das Verständnis

lein die Bandbreite politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Unterschiede in den europäischen Staaten lässt einen übergeordneten Narrativ von CSR fragwürdig erscheinen.⁸ Weitert man die Betrachtung auf die Welt aus, so gerät der Versuch, eine gezielte Entwicklung identifizieren oder besser konstruieren zu wollen, zur Farce. Die Vielfalt der Kulturen, politischen Systeme und Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen ist durch einen Narrativ nicht zu fassen.⁹ Zu der starken Varianz in der Gegenwart gesellt sich eine ausgeprägte historische Kontingenzt, welche in der CSR-Forschung ebenfalls nur unzureichend behandelt wird.

Selbst auf internationaler Ebene, wo die Zahl der Fälle vergleichsweise so überschaubar wie die der maßgebenden internationalen (auch privaten) Organisationen ist, kann von einer gerichteten Entwicklung nicht die Rede sein. Seit den frühen 1970er Jahren wird um CSR-Normen und Standards gerungen. Dabei ergeben sich Konstellationen, die gerne ignoriert werden, weil sie nicht in gängige Narrative passen. So war der erste Versuch, auf internationaler Ebene Werte für Unternehmen zu definieren, inhärent (zeit-)politisch. Der von 1974 an diskutierte UN Code of Conduct (E/C.10/1984/S/5) ging dem Anspruch nach so weit wie kein internationales Vorhaben in der Folgezeit, indem er das Verhältnis von multinationalen Unternehmen und Gastländern umfassend regulieren sollte. Der Kodex war nicht aus der Idee der Nachhaltigkeit oder Verantwortung geboren, sondern ein Kind des Nord-Süd-Konflikts. Es war das Selbstbewusstsein von aus der Entkolonialisierung hervortretender Staaten, die nach der politischen Unabhängigkeit auch die ökonomische suchten (vgl. Toye/Toye 2004). Noch heute, da der Klimawandel und eine nachhaltige Entwicklung die großen Schlagworte sind, spielt diese frühe Forderung nach gerechten Handelsbeziehungen und einer konstruktiven Rolle von MNU in Entwicklungsländern eine zentrale, wenngleich unterbelichtete Rolle in der CSR-Debatte. Ein Beispiel dafür sind Befürchtungen, dass CSR als protektionistisches Instrument gegen Importe aus Entwicklungsländern dienen könnte (vgl. Tencati et al. 2008).

Der UN Code of Conduct steht auch für ein anderes beliebtes Motiv teleologischer Erzählungen über CSR. Das offizielle Ende des Verhaltenskodex im Jahr 1993, der in fast 20 Jahren Diskussion nie offiziell verabschiedet wurde, scheint ein gutes Argument für die Diskussion um freiwillige und verpflichtende CSR zu liefern. Das Beharren vor allem der Entwicklungsländer auf einem verbindlichen Kodex bei gleichzeitiger Kritik und Abstinenz der westlichen Industrieländer gilt nämlich als einer der Hauptgründe für sein Scheitern (vgl. Sagafi-Nejad/Dunning 2008: 111). In der Tat fällt auf, dass die beiden anderen großen CSR-Standards jener Zeit, die OECD Guidelines for Multinational Enterprises (1976) und die ILO Tripartite Declaration of Principles Concerning Multinational Companies and Social Policy (1977), freiwillig sind und im Gegensatz zu dem UN Code of Conduct bis heute existieren. Betrachtet man zusätzlich gegenwärtige Initiativen wie den UN Global Compact (1999), die CSR-

von CSR zu schärfen und längst vergessene Ausformungen des Begriffs in Erinnerung zu rufen [siehe z. B. Ireland/Pillay (2010)].

⁸ Eine Übersicht zu CSR in Europa geben Habisch et al. (2005).

⁹ Eine kurze Übersicht der gesellschaftlichen und kulturellen Vorbedingungen von CSR weltweit findet sich bei Visser/Tolhurst (2010).

Definition der EU Kommission (EU COM 2002 347 final) und die ‚Ethiknorm‘ ISO 26.000, die ebenfalls auf Freiwilligkeit setzen, so könnte man meinen, dass CSR nur dann funktionieren kann, wenn es ein voluntaristisches Konzept ist.

Eine solche Betrachtung wäre indes unhistorisch. Selbst ohne den Einwand, dass der Niedergang des UN Code of Conduct viele Ursachen hat, wäre die These, dass in der Geschichte prinzipiell nur freiwillige Formen von CSR durchsetzbar seien, falsch. Bei genauerer Betrachtung dagegen zeigt sich, dass die OECD Guidelines, die ILO Tripartite Declaration und der Global Compact über die Zeit (schwache) Ansätze für Sanktionsmechanismen entwickelt haben. Die OECD und ILO haben bei ihrer Entwicklung nicht vorgesehene Verfahren eingerichtet, nachdem sie immer wieder um die Auslegung der neu geschaffenen Standards gebeten wurden. Auch der viel gescholtene UN Global Compact hat seine Anforderungen an die Fortschrittsberichte der Teilnehmer erhöht und ist mittlerweile wesentlich strenger bei der Auslistung nicht kommunizierender Teilnehmer (zuletzt 859 Unternehmen im Februar 2010).

Während derlei Details noch unterschlagen werden können, gibt es CSR-relevante Regulierungen, die nicht in das Schema passen. Die 2003 beschlossene WHO Framework Convention on Tobacco Control passt in keine traditionelle Erzählung, weil Nationalstaaten, die die Konvention ratifizieren, ihrer Tabakindustrie legale Beschränkungen auferlegen müssen und es tun. Ein ungewöhnlich starker Rückhalt in den USA, weltweite Kampagnen und besorgte Gesundheitsverwaltungen mögen diesen ungewöhnlichen Fall erklären (vgl. Segafi-Nejad 2005), können ihn aber nicht in einen einheitlichen Narrativ überführen. Die neuerliche aufgekommene Idee eines „smart mix“ von freiwilligen und regulatorischen Instrumenten, die als ‚UN framework‘ bzw. ‚Ruggie framework‘ bekannt ist (A/HRC/8/5), deutet darüber hinaus auf eine Entwicklung, die die Dichotomie von ‚freiwillig‘ und ‚verpflichtend‘ in einer Synthese aufzulösen versucht. Besonders die Säule ‚access to remedy‘ soll MNU für Menschenrechtsverstöße gerichtlich haftbar machen. Die praktische Relevanz dieses Konzepts zeigt sich nicht zuletzt in dem gesteigerten Interesse, mit welchem etwa die Europäische Union es verfolgt (vgl. Augenstein 2010).

Wie gezeigt sind teleologische Argumentationen nicht nur ahistorisch, sondern müssen sich einem weiteren Kritikpunkt stellen: Ideologie bzw. Normativität. Unabhängig von einzelnen sozialwissenschaftlichen Strömungen innerhalb der Diskussion um Steuerung und gesellschaftliche Globalisierungstendenzen, welche von akteurstheoretischen Ansätzen bis zur soziologischen Systemtheorie reichen, offenbarte sich in den drei vorgestellten Ansätzen nach Steuer, Scherer/Palazzo/Baumann und Luhmann/Willke/Teubner jeweils die Problematik, dass hinter den Argumentationen Beobachtungen oder Beschreibungen stehen, die gleichsam als ‚objektive‘ Tatsachen oder Sachzwänge angenommen, aber weder explizit noch der jeweiligen Theorie entsprechend begründet wurden. Dies ist insofern problematisch, als eine Entscheidung für oder gegen staatliche Regulation von CSR nicht einfach damit abgetan werden kann, dass es sich bei nationalstaatlich verfasstem Recht eben um eine historische Fehlspezialisierung oder ein vorglobales Muster handle. Solche Festlegungen sind gerade normative Prämissen, welche die weitere Argumentation entscheidend prägen und deswegen offengelegt werden müssen. Wir haben daher die vorgestellten Ansätze auch nicht kritisiert, weil uns eine andere normative Prämisse eher zusagt oder wir

neuen Formen der Regulation grundsätzlich kritisch gegenüberstünden.¹⁰ Solche Entscheidungen können in verschiedener Weise plausibilisiert werden, nur müssen sie dafür zunächst offengelegt und begründet werden. Dies versäumen die vorgestellten Autoren in ihren diskutierten Ansätzen und verengen damit ihre weiteren Folgerungen unnötig und nicht nachvollziehbar. Ein Blick auf die Forschungsliteratur zur Ideologiekritik zeigt allerdings, dass es sich hierbei um kein neues Phänomen handelt (Popper 1992/1958a; Popper 1992/1958b). Paradoxerweise scheint diese Mahnung zu mehr wissenschaftlicher Redlichkeit am Anfang des 21. Jahrhunderts so aktuell wie 50 Jahre zuvor.

4. Schlussbemerkungen

Was ist also die Konsequenz dieser intellektuellen Übung? Zwei Kritikpunkte liegen auf der Hand. Zum einen werden kritische Leser fragen, ob die hier vertretene Reflexion im Extremfall nicht zu einem Selbstzweck wird, der wissenschaftliches Arbeiten bremst und letztlich unmöglich macht. Zum anderen mögen sie einwenden, dass an dieser Stelle Altbekanntes und Triviales wiederaufgewärmt wird.

Diese Kritik geht davon aus, dass es bereits ein Übermaß an Reflexion gibt und ignoriert in weiten Teilen den Alltag der (CSR-)Forschung. Denn wie eingangs festgestellt, sind die von uns ‚Narrative‘ genannten Anschauungen oder Orthodoxien weit verbreitet. Diese Narrative sind gerade in der noch immer umstrittenen und kritisierten CSR-Forschung bedeutend. Sie bieten der bunten CSR-Bewegung Identitäten, die angesichts des Rechtfertigungsdrucks gegenüber Dritten willkommen sind und unhinterfragt angenommen werden. Dies, so unser zweiter Punkt, wird spätestens in der wissenschaftlichen Debatte zu einem Problem. Unterschiedliche Theorien lieferten Beispiele dafür, wie teleologische und ideologische Erzählungen vorwissenschaftliche Prämissen liefern, ohne dass der vorwissenschaftliche Ursprung dieser Annahmen explizit gemacht wird. Dabei ging es nicht darum, an bestimmten Theorien oder Autoren Kritik zu üben. Vielmehr zeigen die Beispiele, dass auch bei etablierten Wissenschaftlern die Reflexion ihre Grenzen findet.

Wo Reflexivität dennoch zum Einsatz kommt, da werden, wie in den letzten beiden Argumentationsschritten gezeigt, Mängel der CSR-Forschung offensichtlich. Auf zwei besonders gravierende Defizite – Ahistorizität und implizite Ideologie bzw. verborgene normative Prämissen – sind wir näher eingegangen. Die historische Kontingenz

¹⁰ Im Gegenteil scheint momentan das Forschungsinteresse an neuen Regulierungsmodi zu überwiegen. So fand im Juni 2010 unter der Überschrift *CSR Regulation and Global Governance* ein Doktoranden-Workshop statt. Obwohl im Titel enthalten und vor dem Hintergrund der größten staatlichen Markteingriffe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, fielen Beiträge und Diskussionen durch die Abwesenheit eines Themas auf: staatliche Regulierung. Die versammelten Nachwuchswissenschaftler sprachen verschiedene Aspekte von CSR an – von Verhaltenskodizes bis zur Ethiknorm ISO 26.000. Doch keiner ging auf die Rolle des Staates ein, etwa bei gesetzlichen Vorgaben für börsennotierte Unternehmen, nicht-finanzielle Kennzahlen zu kommunizieren, oder der Einführung einer Frauenquote in Vorständen. Diese staatliche Regulierung von CSR scheint in den von privater Regulierung dominierten Forschungsprojekten nicht zu existieren. Die Vielfalt staatlicher Regulierungsformen scheint selbst jungen, ambitionierten Doktorandinnen und Doktoranden kein lohnendes Forschungsfeld und keine intellektuelle Herausforderung zu sein.

widersetzt sich prinzipiell jedweder teleologischer Betrachtung: Geschichte kann vielleicht Evidenz für diese oder jene teleologische Betrachtung liefern, wird jedoch keine von ihnen als ‚richtig‘ bestätigen können. Dies zeigten wir anhand von verschiedenen historischen Entwicklungen auf der internationaler Ebene, die sich nicht in einen einfachen Narrativ pressen lassen. Da diese Narrative wie gezeigt auf normativen Prämissen beruhen, deren Notwendigkeit wir keineswegs abstreiten, ist es nötig, diese offen zu legen und nachvollziehbar zu machen.

Es bleibt nur noch festzustellen, dass diese wissenschaftstheoretischen Anmerkungen keinesfalls den Ehrgeiz und die Kreativität besonders der jungen Forschung einschränken wollen, sondern vielmehr daran appellieren, diese auf eine wissenschaftlich solide Grundlage zu stellen. Wenn diese Überlegungen auch nur als Fußnote in neue Arbeiten Eingang fänden, so wäre dies ein guter Anfang.

Literaturverzeichnis

- Andrews, R. N. L.* (1998): Environmental Regulation and Business 'Self-Regulation', in: Policy Sciences, Vol. 31/No. 3, 177-197.
- Bardmann, T. M./ Baecker, D.* (Hrsg.) (1999): "Gibt es eigentlich den Berliner Zoo noch?" Erinnerungen an Niklas Luhmann, Konstanz: UVK Universitäts-Verlag Konstanz.
- Bernstein, A.* (2010): The Case for Business in Developing Economies, Johannesburg: Penguin Books.
- Bevir, M./ Rhodes, R. A. W.* (2006): Governance Stories, Abingdon, Oxon: Routledge.
- Bottici, C.* (2010): Narrative, in: Bevir, Mark (Hrsg.): Encyclopedia of Political Theory, Thousand Oaks, California: Sage Publications, 919-920.
- Bremmer, I.* (2010): The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?, New York: Portfolio.
- Carroll, A. B.* (1999): Corporate Social Responsibility: Evolution of a Definitional Construct, in: Business and Society, Vol. 38/No. 3, 268-295.
- Carroll, A. B.* (1991): The Pyramid of Corporate Social Responsibility: Toward the Moral Management of Organizational Stakeholders, Business Horizons, Vol. 34/No. 4, 39-48.
- Curbach, J.* (2009): Die Corporate-Social-Responsibility-Bewegung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cutler, A. C./ Haugler, V./ Porter, T.* (Hrsg.) (1999): Private authority and international affairs, Albany, NY: State University of New York Press (SUNY series in global politics).
- Economist* (2010): Stop! The size and power of the state is growing, and discontent is on the rise, in: The Economist, January 21, online unter: <http://www.economist.com/node/15330481>, Zugriff am: 10.11.2010.
- Friedman, M.* (1970): The social responsibility of business is to increase its profits, New York Times Magazine, September 13, 122-126.
- Habisch, A./ Jonker, J./ Wegner, M./ Schmidpeter, R.* (Hrsg.) (2005): Corporate Social Responsibility Across Europe, Berlin: Springer.
- Habisch, A./ Schmidpeter, R./ Neureiter, M.* (Hrsg.) (2007): Handbuch Corporate Citizenship: Corporate Social Responsibility für Manager, Berlin: Springer.
- Heinze, R. G.* (2009): Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ireland, P./ Pillay, R. G.* (2010): Corporate Social Responsibility in a Neoliberal Age, in: Utting, P./ Marques, J. C. (Hg.): Corporate social responsibility and regulatory governance.

- Towards inclusive development?, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan (International political economy series), 77-105.
- Karnani, A. G. (2010): The Case Against Corporate Social Responsibility, in: Wall Street Journal, Vol. 121, 23.08.2010.
- King, A. A./ Lenox, M. J. (2000): Industry Self-Regulation Without Sanctions: The Chemical Industry's Responsible Care Program, in: Academy of Management Journal Vol. 43/No. 4, 698-704, 709-714.
- Konrad, A./ Steurer, R / Langer, M. E./ Martinuzzi A. (2006): Empirical Findings on Business-Society Relations in Europe, in: Journal of Business Ethics Vol. 63/No. 1, 89-105.
- Lee, Min-Dong Paul (2007): A review of the theories of corporate social responsibility: Its evolutionary path and the road ahead, in: International Journal of Management Reviews Vol. 10/No. 1, 53-73.
- Lubmann, N. (2002): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lubmann, N. (2005/1975): Soziologische Aufklärung 2, Wiesbaden: VS Verlag.
- Lotter, D./ Braun, J. (2010): Der CSR-Manager: Unternehmensverantwortung in der Praxis, München: Altop-Verlag.
- Prasad, M. (2006): The Politics of Free Markets: The Rise of Neoliberal Economic Policies in Britain, France, Germany and the United States, Chicago: University of Chicago Press.
- Popper, K. R. (1992/1958a): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde – Band I. Der Zauber Platons, Stuttgart: UTB.
- Popper, K. R. (1992/1958b): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde – Band II. Falsche Propheten – Hegel, Marx und die Folgen, Stuttgart: UTB.
- Scherer, A. G./ Palazzo, G./ Baumann, D. (2006): Global Rules and Private Actors. Toward a New Role of the Transnational Corporation in Global Governance, in: Business Ethics Quarterly, Vol. 16/No. 4, 505-532.
- Segafi-Nejad, T./ Dunning, J. H. (2008): The UN and Transnational Corporations. From Code of Conduct to Global Compact, United Nations Intellectual History Project, Bloomington: Indiana University Press.
- Segafi-Nejad, T. (2005): Should Global Rules Have Legal Teeth? Policing (WHO Framework on Tobacco Control) vs. Good Citizenship (UN Global Compact), in: International Journal of Business, Vol. 10/No. 4, 363-382.
- Steurer, R. (2010): The role of governments in corporate social responsibility: characterising public policies on CSR in Europe, in: Policy Sciences, Vol. 42/No. 1, 49-72.
- Tencati, A./ Russo, A./ Quaglia, V. (2008): Unintended consequences of CSR: protectionism and collateral damage in global supply chains: the case of Vietnam, in: Corporate Governance, Vol. 8/No. 4, 518-531.
- Toye, J./ Toye, R. (2004): The UN and global political economy: trade, finance, and development, Bloomington: Indiana University Press.
- Toolan, M. J. (1988): Narrative. A critical linguistic introduction, London: Routledge.
- Teubner, G. (1996): Globale Bukowina. Zur Emergenz eines transnationalen Rechtspluralismus, in: Basler Schriften zur europäischen Integration, Nr. 21.
- Utting, P./ Marques, J. C. (2010): Introduction: The Intellectual Crisis of CSR, in: Utting, P./ Marques, J. C. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility and Regulatory Governance: Towards Inclusive Development?, Basingstoke: Palgrave, 1-25.
- Visser, W. (2010): CSR 2.0: From the Age of Greed to the Age of Responsibility, in: Sun, W. et al. (Hrsg.): Reframing Corporate Social Responsibility: Lessons from the Global Financial Crisis, Bingley: Emerald.

- Visser, W./ Tolhurst, N.* (2010): The World Guide to CSR: A Country-by-Country Analysis of Corporate Sustainability and Responsibility, Sheffield: Greenleaf.
- Willke, H.* (2006): Global Governance, Bielefeld: Transcript.
- Willke, H.* (2007): Politische Strukturbildung der Weltgesellschaft. Symbolordnung und Eigenlogik lateraler Weltsysteme, in: Albert, M./ Stichweh, R. (Hrsg.): Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung, Wiesbaden: VS Verlag, 134-157.